

1. Lesung zum Kreishaushalt 2024

In der Kreistagssitzung

am 10. November 2023

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit dem Jahr 2010 waren wir es gewohnt, dass die Steuereinnahmen immer nur den Weg nach oben kannten, das Pandemiejahr 2020 ausgenommen. Dieser Konjunkturaufschwung dauerte ungewöhnlich lange an und jeder Hochkonjunktur folgt früher oder später der Abschwung. Insofern ist die aktuelle Wachstumsschwäche in Deutschland, die Wirtschaftsweisen erwarten eine Schrumpfung der deutschen Wirtschaft um 0,4 Prozent, an sich nichts Ungewöhnliches. Wären da nicht die vielen negativen Rahmenbedingungen und Entwicklungen, welche die aktuelle Situation so unsicher und unberechenbar machen. Ohne ins Detail zu gehen ist festzustellen: Mit so großen Risiken und Unwägbarkeiten waren wir noch nie konfrontiert.

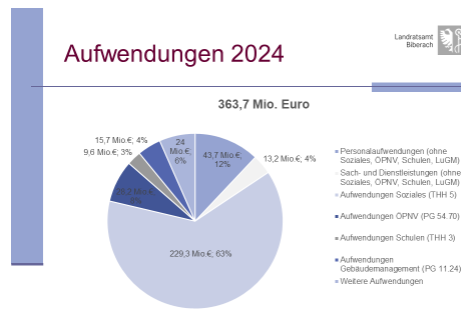
Gerade in einer Zeit, in der Aufgaben und Kosten in erheblichem Umfang steigen, schwächelt die deutsche Wirtschaft und stagnieren die Einnahmen. Dabei hat sich dieser Staat so viel vorgenommen. Energiewende, Verkehrswende, Expansion der Sozialleistungen, Digitalisierung, um nur ein paar Schlagworte zu nennen. Und das alles hat natürlich auch erhebliche Auswirkungen auf die Kommunalhaushalte. Wir sind direkt betroffen und müssen das meiste davon umsetzen.

Angesichts der teuren Vorhaben und schwacher Konjunktur sollte sich der Staat insgesamt dringend mit den Finanzierungsfragen befassen. Ansprüche und Ziele sind ambitioniert und hoch, die Finanzierung, gerade im kommunalen Bereich, aber auch bei vielen weiteren Themen unklar und nicht gesichert.

Die steigenden Leistungen und Aufgaben des Landkreises werden beim Blick auf unsere laufenden Aufwendungen sofort sichtbar:



Diese haben sich in 10 Jahren um 80 Prozent auf jetzt 364 Mio. Euro erhöht und der Trend hält an. Nicht nur Kostensteigerungen sind ursächlich für diese Entwicklung, sondern vor allem auch Aufwandszuwächse und Leistungsausweitungen. Die Debatte über den Bürokratieabbau wird gerade geführt, in den letzten Jahren haben viele Entscheidungen eher das Gegenteil bewirkt. Es gibt hier also genug Ansatzpunkte und die kommunalen Spitzenverbände haben dazu gute Vorschläge gemacht.



Von unseren Aufwendungen entfallen rund 63 Prozent auf den Sozialbereich im Teilhaushalt 5. Vor allem die Leistungsausgaben in der Eingliederungshilfe entwickeln sich dynamisch nach oben. Der Zuschussbedarf erhöht sich bei dieser Hilfeart um 8 Mio. Euro auf jetzt 63 Mio. Euro. Die Ursachen für diese Kostensteigerungen kennen Sie, wir haben immer wieder darüber berichtet. Das neue BTHG mit dem sogenannten Landesrahmenvertrag muss bis spätestens Ende 2024 umgesetzt sein. Dies führt zu strukturellen Verbesserungen für die Hilfeempfänger aber auch zu erheblichen Mehrkosten. Außerdem erwarten wir bei den Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen deutliche Entgeltsteigerungen.

Das Land hat sich verpflichtet, die BTHG-bedingten Mehraufwendungen den Stadt- und Landkreisen im Rahmen der Konnexität zu erstatten. Die Verhandlungen über die genaue Ausgestaltung und die komplexe Berechnung der tatsächlichen Mehraufwendungen laufen. Nach unseren Berechnungen muss uns das Land in 2024 rund 7 Mio. Euro erstatten, und diese Einnahmen sind im Haushaltsplanentwurf 2024 selbstverständlich auch veranschlagt. Das ist aber nach unserer Einschätzung erst der Anfang. Um die Dimension zu verdeutlichen: Unsere Brutto-Aufwendungen in der Eingliederungshilfe belaufen sich im kommenden Jahr auf 72,4 Mio. Euro. Vor 10 Jahren waren es noch 37 Mio. Euro. Da die Umsetzung schrittweise erfolgt, wird die Reform erst ab 2025 ihre volle Wirkung entfalten, weshalb wir weitere erhebliche Kostensteigerungen erwarten. Die Landeserstattungen müssen folglich ebenfalls deutlich ansteigen. Das haben wir im Plan auch so berücksichtigt. Mein Eindruck ist, dass diese Entwicklung beim Land derzeit noch nicht die Beachtung findet, die ihr eigentlich zusteht. Ich betrachte hier ausdrücklich nur die finanzielle Seite des neuen BTHG. Die inhaltliche Bewertung einschließlich der Frage, welche positiven Wirkungen für die betroffenen Menschen erzielt werden, müssen andere vornehmen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen und ukrainischen Kriegsvertriebenen fordert die Verwaltung extrem. Wir sind Ihnen dankbar, dass Sie uns hier tatkräftig unterstützen und wir gemeinsam versuchen, die Situation so gut es geht zu meistern. Sie stellen uns die erforderlichen Personalressourcen zur Verfügung und ermöglichen uns durch Ihre Beschlüsse, beispielsweise bei der Beschaffung von Containern sowie der Anmietung und dem Kauf von Objekten, eine flexible und zielgerichtete Vorgehensweise. Gemeinsames Ziel ist es nach wie vor, eine Hallenbelegung zu vermeiden, was uns bislang auch gelingt. Es ist wichtig, dass das Land an der nachgelagerten Spitzabrechnung festhält, denn es dürfen nicht auch noch die Kostenrisiken voll auf die Kommunen abgewälzt werden. Für die Anschlussunterbringung in den Städten und Gemeinden gehen wir von einer Kostenerstattung in bisherigem Umfang aus. Erstattet werden uns rund 70 Prozent der Aufwendungen, das sind 3,5 Mio. Euro. Welche Auswirkungen der aktuell ausgehandelte Kompromiss zwischen Bund und Ländern konkret auf uns hat, können wir heute noch nicht sagen. In einer ersten Einschätzung hat der Landkreistag vor allem die Regelungen zur Kostentragung als enttäuschend bezeichnet.

Die Personalaufwendungen steigen im kommenden Jahr um rund 7,2 Mio. Euro auf 75,2 Mio. Euro. Für den Tarifbereich stehen die Auswirkungen durch den diesjährigen TVöD-Abschluss fest. Das macht bei uns rund 3,4 Mio. Euro aus. Bei den Beamten wird der jetzt zu verhandelnde Tarifvertrag TVL die Grundlage für die Besoldungsanpassungen sein. Veranschlagt sind hier zusätzliche Mittel in Höhe von rund 700.000 Euro. Die weiteren Steigerungen bei den Personalaufwendungen betreffen die neuen Stellen und weitere Anpassungen wie Höhergruppierungen und Versorgungsleistungen.

Wir haben viele Aufgaben zu erfüllen und es kommen ständig weitere hinzu. Deshalb brauchen wir neben den bereits genehmigten Stellen 27 neue Stellen, die teilweise durch Ihre Beschlüsse auch schon auf den Weg gebracht wurden. Wir haben den Auftrag, Aufgaben umzusetzen, zu denen uns der Gesetzgeber verpflichtet. Wir können Arbeit nicht einfach liegen lassen, so funktioniert Bürokratieabbau nicht. Die Aufgabenreduzierung und die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren muss von oben kommen. Wir bauen gerne Personalstellen wieder ab, wenn Arbeit irgendwann tatsächlich wegfällt. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist dies aus meiner Sicht in den nächsten Jahren auch dringend erforderlich, da wir bereits heute vielfach die offenen Stellen nur noch schwer besetzen können. Und angesichts der demografischen Entwicklung bin ich mir sicher, dass sich die Situation weiter verschärfen wird.

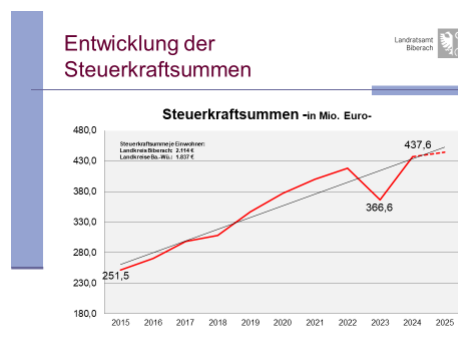
Ein attraktives und bedarfsorientiertes ÖPNV-Angebot war uns schon immer wichtig. Mit der Einführung der Regio-Bus-Linien von Riedlingen über Biberach, Ochsenhausen, Erolzheim bis nach Memmingen haben wir einen weiteren Schritt zur Verbesserung des Angebots gemacht. Land und Kreis tragen hier die Kosten jeweils zur Hälfte. Jetzt steht die Neuausschreibung des Verkehrsraums Ochsenhausen an und Mitte/Ende 2024 folgt der Verkehrsraum Laupheim mit dem Ziel der Schaffung eines echten Stadtverkehrs. Das alles kostet viel Geld. Mit erheblichen Kostensteigerungen sind wir bereits im Rahmen der Sicherung der Bestandsverkehre konfrontiert. Bei den Neuausschreibungen erwarten wir erhebliche Mehrkosten. Personal- und Sachkosten, vor allem die Treibstoffkosten, sind in letzter Zeit enorm gestiegen. Die Aufwendungen steigen in 2024 auf 28,2 Mio. Euro, der Zuschussbedarf des Kreises erhöht sich von 5,1 Mio. Euro auf 7,5 Mio. Euro. Von den Zielen des Landes, der Mobilitätsgarantie einhergehend mit einer Verdopplung der Fahrgastzahlen sind wir allerdings noch weit entfernt. Garantiert sind bislang nur die Mehrkosten in Millionenhöhe. Finanzierung: Unklar. Nur mit kommunalen Mitteln allein wird es nicht funktionieren, wie brauchen hier eine faire Lastenverteilung. Das gilt momentan auch für das Deutschlandticket.

Neben der unsicheren konjunkturellen Lage führen gerade solche ungeklärten Finanzierungsfragen zu in dieser Höhe bislang nicht gekannte Risiken für den Kreishaushalt. Zuweisungen und Zuschüsse werden oftmals nur noch sporadisch und nicht dauerhaft gewährt, man handelt sich von Verhandlungsrunde zu Verhandlungsrunde in der Hoffnung, dass was Zählbares für die Kommunen dabei herauskommt.



In diesem Schaubild ist dargestellt, wie sich der Landkreis finanziert. Mit diesen Erträgen erreichen wir planerisch einen ausgeglichenen Kreishaushalt 2024. Die Zuweisungen beziehungsweise die Sozialen Erträge gewinnen neben der Kreisumlage und den Schlüsselzuweisungen immer mehr an Bedeutung. Darin enthalten sind beispielsweise die bereits genannten Erstattungen für die Eingliederungshilfe von 7 Mio. Euro sowie die jährlich eingestellten 6,5 Mio. Euro Landeserstattung für Flucht und Migration. Die tatsächliche Höhe und die Modalitäten sind ebenfalls nicht ausverhandelt, aber wir gehen sehr offensiv mit diesen Forderungen um und haben die Einnahmen in voller Höhe, auch in der Finanzplanung für die künftigen Jahre, veranschlagt.

Das Kreisumlageaufkommen soll im nächsten Jahr 109,4 Mio. Euro betragen. Wir schlagen Ihnen eine Erhöhung um einen Prozentpunkt auf 25,0 Prozent vor. Und wie Sie das von uns gewohnt sind, halten Sie einen „ehrlichen“ Haushaltsplanentwurf in Ihren Händen, ohne Netz und doppelten Boden. Und diesen einen Prozentpunkt brauchen wir dringend. Damit haben wir mit ziemlicher Sicherheit auch im kommenden Jahr den niedrigsten Hebesatz im Land. Das ist im Übrigen nicht unser vordringlichstes Ziel, für uns steht die Aufgabenerfüllung im Vordergrund. Aber mit diesem niedrigen Hebesatz holen wir uns von unseren Städten und Gemeinden nur das Geld, welches wir tatsächlich brauchen.



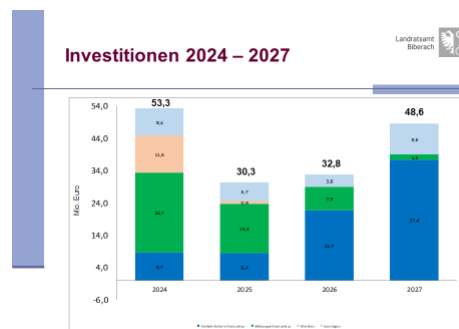
Blicken wir auf die Entwicklung der Steuerkraftsummen unserer Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren. Ein stetiger Anstieg über die Jahre, seit 2015 um fast 75 Prozent, auf jetzt rund 438 Mio. Euro. Der Einbruch in 2023 wird ausgeglichen, die Steuerkraft liegt damit wieder voll auf der Trendlinie. In 2024 hilft uns natürlich die starke Steuerkraftsumme sehr. Das sind die guten Ergebnisse der Städte und Gemeinden im Jahr 2022. Es zeigt sich deutlich, dass die Städte und Gemeinden in der Gesamtbetrachtung die Krisen der Vergangenheit einnahmeseitig gut überstanden haben.

Aktuelle Warnmeldungen aus unseren beiden großen Kreisstädten zur Entwicklung der Gewerbesteuer lassen allerdings aufhorchen. Wenn die Prognosen tatsächlich so eintreffen, planen wir für das Jahr 2025 zu optimistisch mit entsprechenden Auswirkungen auf den Kreisumlagehebesatz. Gegenüber 2024 reden wir hier mindestens von weiteren 2 Prozentpunkten Hebesatz. Zusammen mit der Bewertung der Ergebnisse der aktuellen November-Steuerschätzung müssen wir im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch genauer darauf schauen. Aber klar ist, dass die Steuerschätzung keine zusätzlichen finanziellen Spielräume eröffnet.

Die erhöhte OEW-Ausschüttung im kommenden Jahr in Höhe von 6,7 Mio. Euro kann nach den kürzlich in Balingen vorgestellten Zahlen als gesichert angesehen werden. Aber alle anderen Einnahmeansätze sind von einem hohen Optimismus geprägt, dass es doch mal wieder besser kommt wie vielfach befürchtet. Beispielsweise nennen möchte ich neben den bereits genannten Zuweisungen im Sozialbereich die Grunderwerbsteuer, die wir trotz negativer Vorzeichen um 500.000 Euro auf 9,5 Mio. Euro erhöht haben oder auch die Gebühreneinnahmen, die in vielen Bereichen wie im Baubereich oder der Kfz-

Zulassungsstelle stark konjunkturabhängig sind. Läuft die Entwicklung im kommenden Jahr nicht optimal, droht uns erstmalig seit Jahrzehnten ein Fehlbetrag.

Aber dieser Haushalt ist nicht geprägt durch grundlosen Optimismus, nicht dass Sie mich falsch verstehen. Wir hören in diesen Tagen viel jammern und klagen, aber oftmals wird dabei aus meiner Sicht, bei aller berechtigter Kritik, übertrieben. Wenn ein Landkreis optimistisch in die Zukunft blicken kann, dann ist es der Landkreis Biberach. Viele Probleme sind lösbar. Erforderlich sind vielfach machbare Dinge wie die Abschaffung unnötiger Vorschriften, Investitionen in die Infrastruktur und auch die Verbesserung der Bildung. Es gibt viele Verantwortlichkeiten und eine Vielzahl von Akteuren. Aber wir, der Landkreis, und die Kommunen insgesamt leisten hier viel und machen eine gute Arbeit. Und dafür brauchen wir auch die erforderlichen Haushaltsmittel.



Unsere Kassen sind noch gut gefüllt und wir sind komplett schuldenfrei. Wir haben das gut gemacht in den vergangenen Jahren und deshalb können wir unser Investitionsvolumen von stolzen 53,3 Mio. Euro komplett aus Eigenmitteln finanzieren. Dafür greifen wir allerdings auch tief in unsere Spardose, wir setzen nahezu 33 Mio. Euro aus unseren Rücklagen ein.

Vielfach wird ja beklagt, dass der Staat in Deutschland zu wenig in seine Infrastruktur investiert. Davon kann im Landkreis Biberach überhaupt keine Rede sein. Und es sind wichtige Investitionen in unsere Infrastruktur, wichtige Investitionen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ganz vorne stehen natürlich die Investitionen in die schulische Infrastruktur. Unser Schülerwohnheim wächst schon in die Höhe, eine für den starken Schulstandort Biberach mit überregionaler Bedeutung enorm wichtige Maßnahme. 17,6 Mio. Euro sind für dieses Bauprojekt reserviert. Wir erwarten steigende Schülerzahlen, deshalb sind im Finanzplanungszeitraum auch erste Planungsmittel für eine Erweiterung unserer Beruflichen Schulen in Biberach vorgesehen.

Für den Erweiterungsbau der Beruflichen Schule in Riedlingen können wir im kommenden Jahr den Spaten stechen, darauf dürfen wir uns freuen. Gemeinsam müssen wir überlegen, wie wir auf die Raumnot der Schwarzbach-Schule angemessen reagieren. Als Sofortmaßnahme wollen wir im kommenden Jahr Klassenzimmercontainer aufstellen, für eine mögliche Erweiterung sind noch keine Mittel eingestellt.

Für Straßenbaumaßnahmen einschließlich der Radwege stellen wir 7,1 Mio. Euro bereit. Hinzu kommen 1,2 Mio. Euro für die Planungsleistungen der Ortsumfahrungen im Zuge der B 312, die wir für das Land erbringen. Die weiteren großen Maßnahmen kennen Sie: Im kommenden Jahr werden wir die Planfeststellungsunterlagen für den Aufstieg zur B 30 fertigstellen, für Planungsleistungen sind 655.000 Euro eingestellt. Bei der Nordwesttangente Laupheim hoffen wir, dass wir nach unseren Verbesserungsvorschlägen in das LGVFG-Förderprogramm aufgenommen werden und wir auch hier vorankommen. Leider steht die Antwort des Landes immer noch aus. Brücken sind nicht nur für Bund und Land ein Thema,

in unserer Baulast stehen immerhin 107 Brückenbauwerke. Im kommenden Jahr werden wir uns mit der Brücke der K 7588 über die Donau bei Daugendorf beschäftigen. Für diese Maßnahme sind 2 Mio. Euro veranschlagt und in 2025 weitere 1,5 Mio. Euro. Wir beschäftigen einen eigenen „Brückentrupp“ der kleinere Reparatur- und Sanierungsarbeiten selbst durchführt. Größere Maßnahmen werden extern vergeben. Das Brückensanierungsprogramm aus dem Jahr 2014 wollen wir in nächster Zeit aktualisieren und fortschreiben.

Der Radwegebau genießt einen hohen Stellenwert. 2,2 Mio. Euro für den Radwegebau in 2024 bestätigen dies. Für den neuen Radweg Walpertshofen – Bußmannshausen wurde bereits im Oktober der Spaten gestochen. Die Bauarbeiten laufen auch zwischen Laupertshausen und Äpfingen. Dort können wir den neuen Radweg im kommenden Frühjahr einweihen. Als kreisübergreifende Maßnahme planen und bauen wir gemeinsam mit dem Alb-Donau-Kreis den Radweg Oggelsbeuren bis nach Oberstadion. In Abhängigkeit des Planungsfortschritts soll in 2024 mit dem Bau eines weiteren Radwegs begonnen werden, entweder Mittelbuch – Ringschnait oder Winterstettenstadt – Ingoldingen. Planungskosten für künftige Maßnahmen ab 2025 werden ebenfalls in ausreichendem Umfang zur Verfügung gestellt.

Und wenn wir über Straßen sprechen, müssen wir auch an den Neubau der Straßenmeisterei in Warthausen denken. Zwischenzeitlich liegt die Machbarkeitsstudie vor, die Planung wollen wir Ihnen im Frühjahr 2024 vorstellen. Die Straßenmeisterei Warthausen einschließlich der Bauamtswerkstatt ist die größte Einrichtung dieser Art im Landkreis und auch darüber hinaus und dementsprechend hoch ist auch der Investitionsbedarf. Wer die alte Einrichtung schon einmal besichtigt hat weiß, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Neben verschiedenen energetischen Maßnahmen wie beispielsweise der Erneuerung der Wärmepumpen in der Gebhard-Müller-Schule wollen wir auf dem Dach des Berufsschulzentrums in Biberach eine PV-Anlage mit einer beachtlichen Leistung von 400 kWp installieren, vorwiegend zur Eigennutzung. Dafür sind 850.000 Euro veranschlagt.

Über den Eigenbetrieb Immobilien wollen wir wichtige Maßnahmen umsetzen. Der Eigenbetrieb benötigt deshalb im kommenden Jahr eine Finanzspritze in Höhe von 10,5 Mio. Euro. Das soll aber auch die Ausnahme bleiben, im Finanzplanungszeitraum sind keine weiteren Zuweisungen vorgesehen. Eingesetzt werden die Finanzmittel für die nicht oder erst über spätere Mieterträge gegenfinanzierte Umbau- und Ertüchtigungsmaßnahmen im Ärztehaus und Wohnheim in Laupheim sowie den Abschluss der Rückbauarbeiten auf dem alten Klinikareal in Biberach.

Sie sehen, wir haben viel vor. Aber auch unsere Leistungsfähigkeit, wie die der Städte und Gemeinden, ist begrenzt. Deshalb sehe ich auf absehbare Zeit überhaupt keinen Spielraum für neue Aufgaben und damit verbundene Kosten. Bis 2027 werden wir voraussichtlich 165 Mio. Euro investieren. Ein großer Teil dieser Investitionsmittel ist bereits durch entsprechende Beschlüsse und Entscheidungen gebunden. Dafür brauchen wir neben tragfähigen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen vor allem auch eine solide und verlässliche Finanzausstattung.

Mit dem Haushaltsplan 2024 liegt der Vorschlag der Verwaltung auf dem Tisch, den wir nun zur Diskussion stellen. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die engagierte und gute Arbeit bei der Erstellung des Planwerks, vor allem bei der Kreiskämmerei unter der neuen Leitung von Frau Nicole Luppold.

Ich bin gespannt auf die Haushaltsplanberatungen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.